



Vorlage TA_54/2006
zur öffentlichen Sitzung des
Ausschusses für Umwelt und
Technik
am 13.11.2006

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt und Technik

Demographische Entwicklung im Landkreis Ludwigsburg - Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr, die Bautätigkeit, die Umwelt und die Abfallentwicklung

Am 3. Juli 2006 ist der Verwaltungsausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion über Auswirkungen der demographischen Entwicklung im Landkreis Ludwigsburg informiert worden (Sitzungsvorlage VA 23/2006). Der Verwaltungsausschuss hat das Thema daraufhin zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen. Für den Ausschuss für Umwelt und Technik sind dabei die nachfolgenden Bereiche von besonderer Bedeutung.

1. Prognose zur Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur im Landkreis Ludwigsburg

Die **Bevölkerung im Landkreis Ludwigsburg wird voraussichtlich noch bis zum Jahr 2020 weiter zunehmen** und auf etwa 534.000 Einwohner ansteigen. (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: „Kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnung“, Statistisch-prognostischer Bericht, 2003; Bericht der Enquetekommission des Landtags Baden-Württemberg vom 9.12.2005: „Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“, Drucksache 13/4900). Derzeit leben ca. 512.000 Einwohner im Kreis.

Das Bevölkerungswachstum im Landkreis Ludwigsburg wird sich aber in den kommenden Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit verlangsamen. Voraussichtlich spätestens **ab 2025 wird die Zahl der Einwohner im Kreis sinken**. Im Jahr 2050 wird in etwa wieder der heutige Stand erreicht sein.

Die prognostizierten Daten für den Landkreis beruhen auf Annahmen über die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit (138 Geburten je 100 Frauen), der Sterblichkeit (langsam steigende Lebenserwartung) und der Bevölkerungswanderung. Besonders die Wanderungsbewegung lässt sich allerdings nur vage abschätzen, weil sie sehr stark von der konjunkturellen Entwicklung im Landkreis abhängig ist. Das Statistische Landesamt ist für seine Prognose zur Bevölkerungsentwicklung von einer günstigen konjunkturellen Entwicklung im Kreisgebiet ausgegangen.

Die **Altersstruktur** wird vor allem geprägt von den geburtenstarken Nachkriegsjahrgängen und den darauf folgenden geburtenschwachen Jahrgängen mit ihrem „Wandern“ durch die Altersgruppen. So wird bis zum Jahr 2050 (bei einer Einwohnerzahl, die dann in etwa wieder der heutigen entspricht), der **Anteil der über 60-Jährigen auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung** zunehmen. Innerhalb dieser Altersgruppe wird eine zahlenmäßige Verschiebung hin zu den älteren Jahrgängen stattfinden. So wird z.B. die Gruppe der Hochbetagten (über 84-Jährige) eine Zunahme um 62 % bis zum Jahr 2020 und eine nahezu Vervielfachung bis zum Jahr 2050 prognostiziert. Hinzu kommt, dass der Rückgang des Bevölkerungsanteils der Erwerbstätigen durch Zuwanderung nicht auszugleichen sein wird.

2. Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist bundesweit von einer anhaltenden Suburbanisierung und einer hohen Pendlerverflechtung auszugehen. Die Mobilität wird allgemein zunehmen, wobei in ländlichen Gebieten mit Bevölkerungsrückgang zu rechnen ist. Probleme bei der Aufrechterhaltung der ÖPNV-Infrastruktur können deshalb in diesen Gebieten nicht ausgeschlossen werden.

Auch im Landkreis Ludwigsburg mit seinem derzeit sehr guten ÖPNV-Angebot wird sich die Alterung der Gesellschaft auf den öffentlichen Personennahverkehr auswirken. So ist in den nächsten Jahren insbesondere bei den Fahrgastgruppen der Senioren und der Schüler mit Änderungen zu rechnen.

Auswirkungen auf den Schülerverkehr

In den vergangenen Jahren haben vor allem die steigenden Schüler-, Auszubildenden- und Studentenzahlen zu einer positiven Einnahmeentwicklung im Bereich des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart „VVS“ beigetragen. Nach Einschätzung des Statistischen Landesamtes erreicht die Schülerzahl 2006/2007 ihren Höchststand, danach ist mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen.

So wird für den Landkreis Ludwigsburg bis zum Schuljahr 2012/13 im Vergleich zum Schuljahr 2004/05 ein Rückgang der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen von rd. 8 % prognostiziert. Bei den Auszubildenden und Studenten über 18 Jahren wird die Entwicklung um wenige Jahre zeitversetzt ablaufen.

Die Auswirkungen auf die Schülerbeförderung werden in den nächsten vier Jahren im Landkreis Ludwigsburg noch kaum spürbar sein, da Grundschüler nur in den wenigsten Fällen den ÖPNV nutzen. Wirksam werden die Rückgänge dann aber beim Wechsel auf die weiterbildenden Schulen. Aussagen zu den sich dadurch ergebenden Änderungen sind allerdings kaum möglich. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Prognosen davon ausgehen, dass die Schülerverkehre sich innerhalb der Schularten verschieben werden. Es wird voraussichtlich weniger Übergänge in die Hauptschule, aber mehr Übergänge ins Gymnasium geben. Ferner ist damit zu rechnen, dass – angesichts der schwierigen Situation auf dem Lehrstellenmarkt – die Zahl der Vollzeitschüler an den beruflichen Schulen zunächst steigt. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass es durch die Verkürzung der Schulzeiten in den Gymnasien (G8) und den Ausbau der Ganztagschulen zu einer Verschiebung der Schulzeiten kommt und Schüler künftig verstärkt in der nachmittäglichen Hauptverkehrszeit befördert werden müssen.

Durch den Rückgang der Fahrgäste im Schülerverkehr rechnet der VVS im Jahr 2020 mit Einnahmeausfällen in Höhe von 8,5 Mio. € Zusätzlich ist mit einem Ausfall der Ausgleichsleistungen in Höhe von ca. 5 Mio. € zu rechnen. Theoretisch werden durch den Rückgang der Schüler auch die Ausgaben des Landkreises für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten gemindert. Inwieweit diese Einsparungen aber durch andere Einflüsse wieder aufgebraucht werden, lässt sich aus heutiger Sicht nicht abschätzen.

Hinzu kommt, dass der Bund seine Regionalisierungsmittel bis zum Jahr 2009 um insgesamt 1,8 Mrd. € kürzen wird. Inwieweit sich dies auch auf die Schülerbeförderung auswirkt, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Die Kürzung des Bundes könnte aber zu Fahrpreiserhöhungen führen und/oder sich nachteilig auf das ÖPNV-Angebot (Schiene, Bus) auswirken.

Auswirkungen auf die Fahrgastgruppe der Senioren

Wie sich die Zunahme der Zahl der Senioren auf den öffentlichen Personennahverkehr auswirkt, lässt sich nur schwer abschätzen. Bisher zählen die Senioren zu den treuesten Kunden des VVS. Künftig wird die Bindung dieser Personengruppe an den ÖPNV aber so nicht zu halten sein. Viele Senioren war bislang auf den ÖPNV angewiesen, da sie kein Fahrzeug zur freien Nutzung zur Verfügung hatten. Zunehmend verfügen Senioren aber über einen eigenen Pkw und wollen diesen auch nutzen.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde versucht, durch spezielle Angebote für Senioren die Bindung dieser Personengruppe an den ÖPNV zu festigen. Derzeit nutzen ca. 7 % der im VVS-Gebiet lebenden über 60-Jährigen die Seniorenkarte, ein Drittel der Senioren löst Gelegenheitsfahrtscheine (Einzelfahrtschein, Mehrfahrtenkarte, Tageskarte). Durch ein attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis, eine verbesserte Verfügbarkeit des ÖPNV-Angebotes und einen auf Senioren abgestimmten Service könnte die Attraktivität der ÖPNV für diesen Personenkreis vermutlich weiter gesteigert werden.

Die Prognosen des VVS gehen davon aus, dass die Nachfrage durch Senioren im Jahr 2020 um 25 % steigen wird. Dies würde einem Einnahmезuwachs von 3,3 Mio. € entsprechen.

3. Auswirkungen auf die Bautätigkeit

Für den Bereich des **Wohnungsbaus** wird aufgrund der prognostizierten steigenden Einwohnerzahlen auch in den nächsten Jahren Bedarf an neuen Wohnungen gegeben sein. Dabei ist der Trend zum Eigenheim nach wie vor erkennbar.

Grundsätzlich kann Folgendes festgehalten werden:

- Im Land Baden-Württemberg ist die Anzahl der Personen je Haushalt zwischen 1960 und 2000 von 2,9 auf 2,2, in der Region Stuttgart von 2,76 auf 2,15 gesunken. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner hat sich im Land dagegen zwischen 1970 und 2000 von 26,2 m² auf 40 m² erhöht. Bundesweit hat sich die Wohnfläche von 1960 bis 2000 von 19 m² auf 40 m² sogar mehr als verdoppelt. Die Entwicklung weist auf eine ständige Zunahme von Ein- oder Zweipersonenhaushalten hin. Künftig werden ca. 70 % aller Haushalte Ein- oder Zweipersonenhaushalte sein, die Flächen von 60 – 100 m² pro Haushalt beanspruchen.
- Die demografische Entwicklung zeigt zu dem in den nächsten 30 Jahren eine deutliche Zunahme der Senioren am Anteil der Bevölkerung. Hieraus kann jedoch nicht auf einen geringeren Wohnflächenbedarf geschlossen werden. Ältere Bürger nutzen ihren Wohnraum weiterhin, auch wenn zwischenzeitlich aus einem früheren Mehrpersonenhaushalt ein Ein- oder Zweipersonenhaushalt geworden ist.

Der Wohnraumbedarf im Landkreis Ludwigsburg wird daher vermutlich erst mittel- bis langfristig sinken.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben zudem gezeigt, dass die Bautätigkeit sehr stark von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage abhängig ist.

Dies geht hervor aus den vom Fachbereich erhobenen Zahlen über die durchgeführten baurechtlichen Verfahren (Baugenehmigungsverfahren und Kenntnisgabeverfahren) der letzten 10 Jahre. Demnach wurde in diesem Zeitraum in den Jahren 1998 und 1999 die mit Abstand meisten Bauvorhaben zugelassen und verwirklicht, während der Tiefststand im Jahr 2004 erreicht war. Seit dem letzten Jahr ist wieder ein deutliches Ansteigen der baurechtlichen Verfahren erkennbar.

Gerade die **gewerbliche Bautätigkeit** ist in erheblichem Umfang abhängig von der konjunkturellen Lage und damit nur schwer zu prognostizieren. Allgemein wird davon ausgegangen, dass für die Unternehmen die günstigen Standortfaktoren im Landkreis eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb wird damit gerechnet, dass auch in den nächsten Jahren eine weitere Bautätigkeit im gewerblichen Bereich erwartet werden kann.

4. Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung

Infolge der zunächst prognostizierten weiteren Bevölkerungszunahme könnten weniger verdichtete Bereiche als Siedlungs- und Wirtschaftsstandorte tendenziell bedeutsamer werden. Dies lässt sich aus einer vom Verband Region Stuttgart durchgeführten Studie, dem sog. Regional-Monitor, interpretieren. Darin mag man einen natürlichen Ausweichreflex erblicken, wenn Verdichtungsräume an ihre Grenzen stoßen.

So war dieser Studie zufolge das Siedlungsflächenwachstum in den Mittelbereichen Stuttgart und Ludwigsburg/Kornwestheim in den vergangenen 15 Jahren absolut am größten, prozentual betrachtet hatte jedoch der flächenmäßig zweitkleinste Mittelbereich Herrenberg den höchsten Zuwachs an verwendeter Fläche. Die Siedlungsdichte (Zahl der Einwohner im Verhältnis zur tatsächlich besiedelten Fläche) ist regional und landesweit zurückgegangen, nur in den dünner besiedelten Mittelbereichen Vaihingen, Herrenberg und Nürtingen hat die Siedlungsdichte zugenommen.

Damit korrespondiert auch der prozentuale Anstieg der Baulandpreise, der außer im Bereich in und um Stuttgart tendenziell in den Randbereichen der Region eher stärker ausfällt.

Es gilt allerdings zu berücksichtigen, dass laut Prognosen der Bevölkerungsrückgang mit der Verschiebung der Altersstruktur langfristig auch vor dem Landkreis Ludwigsburg nicht Halt macht. Insbesondere für die Städte und Gemeinden bedeutet dies, dass sie sich bereits heute Gedanken darüber machen sollten, welche (städte-)bauliche Entwicklung langfristig sinnvoll ist. Der Landkreis wird gemäß seiner Zuständigkeit auf eine möglichst flächenschonende Inanspruchnahme neuer Siedlungsflächen hinwirken. Langfristiges Ziel muss es sein, den Flächenverbrauch zu bremsen und Bauvorhaben auf Flächen in den Innenbereichen zu konzentrieren. Auf die Vorlage TA 41/2005 wird verwiesen.

5. Auswirkungen auf die Abfallentwicklung

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass steigende Bevölkerungszahlen zu höheren Abfallmengen führen. Die Mengenentwicklung bei den einzelnen Müllarten wird aber auch von anderen Faktoren bestimmt.

- Die Restmüllmenge wird unter anderem von der Kaufkraft bestimmt.
- Das Sperrmüllaufkommen hängt erfahrungsgemäß auch von konjunkturabhängigen Schwankungen und der Mobilität der Bevölkerung ab. Viele Umzüge bedeuten immer auch ein höheres Sperrmüllaufkommen.
- Die Biomüllmenge wird bestimmt von der Bereitschaft der Bevölkerung, ihren Biomüll getrennt vom Restmüll zu sammeln. Diese Bereitschaft ist in den vergangenen Jahren vor allem in Wohnanlagen gesunken, weil die Bewohner hygienische Probleme befürchten.
- Das Gewerbeabfallaufkommen ist abhängig von der Höhe der Anlieferungsgebühren und ist weitgehend unabhängig von der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung.

Die Entwicklung des Abfallaufkommens im Landkreis muss sehr sorgsam beobachtet werden. Der mit der Firma T-Plus geschlossene Vertrag über die Entsorgung der Abfälle in der mechanisch-biologischen Aufbereitungsanlage in Buchen ist nach Mengenfenstern gestaffelt. Das günstigste Mengenfenster umfasst eine Anlieferungsmenge zwischen 80.000 und 85.000 Tonnen Abfall. Wird diese Menge überschritten, müssen deutlich höhere Preise pro Tonne an die Firma T-Plus bezahlt werden.

Wenn aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen die Restmüllmenge jährlich um 0,5 - 1 % und die Sperrmüllmenge um 5 % pro Jahr zunehmen und keine Gegenmaßnahmen getroffen werden, würde das Bestpreisenster voraussichtlich im Jahr 2010/11 überschritten.

Sollte sich die Konjunktur entgegen der Annahmen des Statistischen Landesamtes abschwächen und das Arbeitsplatzangebot geringer werden, ist von einem Rückgang der Wanderungsbewegungen auszugehen. In diesem Fall könnte die Sperrmüllmenge stagnieren oder sinken.

Die prognostizierten Änderungen in der Altersstruktur werden vermutlich ebenfalls zu einer Erhöhung der Abfallmenge beitragen. So wird angenommen, dass es mit zunehmender Überalterung der Gesellschaft mehr Kleinhaushalte gibt. Grundsätzlich gilt, dass zwei Personen in zwei verschiedenen Wohnungen mehr Abfall und Wertstoffe verursachen als zwei Menschen, die in einer gemeinsamen Wohnung leben.

6. Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft

Die prognostizierte Bevölkerungszunahme für den Landkreis Ludwigsburg dürfte für die Wasserwirtschaft kein unüberwindbares Problem darstellen.

Die **Trinkwasserversorgung** von zusätzlich über 20.000 Einwohnern im Kreisgebiet ist bei dem vorhandenen Verbund von Fernwasser-, Gruppenwasser- und Eigenwasserversorgungen sichergestellt. Auch bei der **Abwasserreinigung** dürfte es keine Probleme geben. Die derzeitigen sehr guten Ablaufwerte könnten sich allerdings etwas verschlechtern, evtl. werden in Einzelfällen auch Kläranlagenerweiterungen notwendig. In jedem Fall sollte die dezentrale Niederschlagswasserbeseitigung konsequent ausgebaut werden.

Möglicherweise ergeben sich Konsequenzen für den **Hochwasserschutz** und die Oberflächengewässer. So werden die Gewässer infolge weiterer Neubaugebiete durch die Einleitung von mehr Niederschlagswasser einem erhöhten hydraulischen Stress ausgesetzt. Dies könnte zu Überschwemmungen führen. Ein Schutz davor könnten kleinere Rückhaltemaßnahmen in den Baugebieten bieten. Dies gilt auch nach der Verwirklichung der Hochwasserschutzmaßnahmen, z.B. an der Bottwar, dem Strudelbach und dem Baumbach.

7. Fazit

Die demographische Entwicklung wirkt sich auf nahezu alle Handlungsfelder der Kreisverwaltung aus. Der Landkreis aber auch die Städte und Gemeinden stehen vor der Herausforderung sowohl ihre wirtschaftliche und bauliche Entwicklung als auch ihre soziale und verkehrsmäßige Infrastruktur entsprechend auszurichten. Für die Landkreise aber auch die Kommunen geht es darum, sich im Wettbewerb untereinander strategisch zu positionieren und sich im Interesse der eigenen Zukunftsfähigkeit zu etablieren.

Ziel des Landkreises Ludwigsburg muss es sein, die Attraktivität im Wettbewerb um Einwohner und Betriebe zu erhalten aber auch die Lebensqualität vor Ort weiterzuentwickeln. Dabei sind insbesondere auch die Kommunen gefordert. Allerdings wird es für eine aktive Gestaltung des demographischen Wandels auf kommunaler Ebene keine Patentrezepte geben. Es wird vielmehr notwendig sein, die Bedingungen vor Ort zu analysieren und darauf aufbauend spezifische Handlungskonzepte zu erarbeiten.

Als Hilfestellung dafür sei auf die jetzt von der Bertelsmann Stiftung vorgelegte Studie „Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden“ verwiesen. In dieser Untersuchung werden alle Kommunen Deutschlands mit mehr als 5.000 Einwohnern in sogenannte Demographietypen eingeteilt. Darüber hinaus werden für die jeweiligen Demographietypen spezielle Handlungsempfehlungen erteilt. Informationen zu den Kommunen des Kreises können im Internet unter www.aktion2050.de/wegweiser abgerufen werden.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme.